

Wir fordern:

- den Stopp für das Endlagerprojekt Schacht Konrad,
- eine Abkehr vom deutschen Konzept nicht-rückholbarer Endlagerung,
- die Diskussion über alternative Formen der Entsorgung,
- ein transparentes Standortsuchverfahren in Deutschland, ohne Vorfestlegungen auf Konrad und Gorleben, wie es der Arbeitskreis Endlagerung empfohlen hat

Treten auch Sie gegen Schacht Konrad ein durch Ihre Beteiligung

an Mahnwachen

**jeden 1. Mittwoch im Monat, 17 Uhr,
in Salzgitter-Lebenstedt am Stadtmonument,**

an Demonstrationen

am 13. Oktober 2007 in Salzgitter-Lebenstedt

Arbeiten Sie mit in Salzgitter in folgenden Kreisen:

Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad (Tel.: 900194)
Bündnis Salzgitter gegen Konrad (Ina Biethan, Tel.: 8844-25)
Söltersche gegen Konrad (Dr. Christa Garms-Babke, Tel.: 391971)
Umweltschutzforum Salzgitter e.V. (Rosemarie Streich, Tel.: 64600)

Bündnis Salzgitter gegen Konrad



AG Schacht Konrad e.V., BUND Salzgitter, Bündnis 90/Die Grünen Salzgitter, DGB Salzgitter, Ev. Kirchengemeinde St. Lukas, Ev.-luth. Propstei Salzgitter-Bad, Feldinteressensschaft Salzgitter-Bleckenstedt, Frauen für den Frieden, Ev. Friedenskirchengemeinde, IG-Metall Salzgitter, JUSOS, PDS, Salzgitter, SPD –Unterbezirk- Salzgitter, Wilhelm Schmidt, NABU Salzgitter, Nieders. Landvolk, Salzgitter, Söltersche gegen Konrad, Umweltschutzforum Schacht Konrad e.V., Ver-di

**Das Endlagerprojekt Schacht Konrad stoppen!
Wir lassen uns nicht kaufen und verkaufen!**



Mahnwache

**jeden ersten Mittwoch im Monat, 17 Uhr,
Salzgitter-Lebenstedt, Stadtmonument**

Wir mahnen:

Keine Umrüstung Schacht Konrads zum Atommüllendlager!

Die Genehmigung Konrads als eines Endlagers ist vom Ober- und Bundesverwaltungsgericht für rechtens erklärt worden. Konrad müsste aber nicht umgehend zum Endlager umgerüstet werden. Denn zum einen hat die Planfeststellung für die nächsten 5 Jahre Rechtskraft. Zum anderen liegen dem Bundesverfassungsgericht Beschwerden gegen die Entscheidungen des Ober- und Bundesverwaltungsgerichtes vor. **Der Rechtsweg ist noch nicht abgeschlossen.**

Zur Erinnerung: Nicht die Eignung Schacht Konrads als eines Endlagers führte zur Genehmigung, sondern der **politische Wille**. Das Genehmigungsverfahren war nicht abgeschlossen, da wurde der Schacht bereits in den Energiekonsensgesprächen im Tausch gegen Restlaufzeiten der Atomkraftwerke geopfert. Den Bürgerinnen und Bürgern wurde die Last des Klageverfahrens zugemutet, in der Summe bislang über 150.000 €. **Die Gerichte haben nicht über die Eignung und Sicherheit Konrads entschieden.** Im Vordergrund standen Fragen der Klagebefugnis, der Begründetheit der Klage und Verfahrensfragen.

Das Verfahren vor den Gerichten und die politische Entscheidung für Konrad im Rahmen der Konsensgespräche haben das Vertrauen in rechtsstaatliche Prinzipien erschüttert. Eine sofortige Umrüstung Konrads, ohne das Bundesverfassungsgericht zu hören, mag juristisch vertretbar sein, trägt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Rechtsstaat jedoch vollends zu Grabe.

Wir mahnen:

STOPP für das Endlagerprojekt Schacht Konrad

In Schacht Konrad sollen radioaktive Abfälle wartungsfrei, d.h. nicht-rückholbar eingelagert werden. Voraussetzung für diese Form der Endlagerung ist ein belastbarer Nachweis darüber, dass die radioaktiven Schadstoffe für eine Million Jahre von der Biosphäre isoliert werden können. **Solch ein Langzeitsicherheitsnachweis ist nach dem Stand von Wissenschaft und Technik nicht möglich.** Wenn die Langzeitprognosen für Konrad aufgrund der Mängel menschlicher Erkenntnis und der Begrenztheit der Methoden falsch wären, kann es zu einem vorzeitigen Austritt belasteter Wässer kommen. Die Böden wären radioaktiv verseucht, die Menschen den Gefährdungen ausgeliefert. Denn im Schadensfall sind keine Eingriffsmöglichkeiten mehr gegeben, die Folgen wären unbeherrschbar. Es bleibt – wenn überhaupt – allenfalls noch der Wegzug. **Die Region soll – neben den Transportgefahren – das Risiko der wartungsfreien Endlagerung tragen.**

Dabei wies bereits 1991 das World-Watch-Institut darauf hin, dass diese Form der Endlagerung gescheitert ist. Alte Tiefenendlagerplätze hatten sich als leck erwiesen. Im europäischen Ausland und den USA fanden ein Umdenken und ein Wechsel zu umkehrbaren Endlagerlösungen statt. **Das Scheitern der nicht-rückholbaren Endlagerkonzeption ist auch in Deutschland sichtbar geworden.** Galt das Endlager Asse bei Wolfenbüttel in Fachkreisen 1970 für alle Zeiten als sicher, so ist es 20 Jahre später zum Sicherheitsrisiko geworden. **Das Forschungsendlager Asse droht abzusaufen,** der Atommüll ausgepresst zu werden.

V.i.S.d.P.: Dr. Christa Garms-Babke